Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 43 **München, 24. Oktober 1930** **17. Jahrgang**

1930 Wochenkalender 5691

	Okt.	Marcheschwan	Bemerkungen
Sonntag	26	4	
Montag	27	5	P. R. תענית שני
Dienstag	28	6	
Mittwoch	29	7	
Donnerst.	30	8	P. R. תענית חמישי
Freitag	31	9	
Samstag	Nov. 1	10	לך לך הפטרה למה תאמר (Jes. 40, 27—31. 41, 1—16)

Das Jüdische Echo

Nummer 43 **24. Oktober** **17. Jahrgang**

Die englische Regierungserklärung über Palästina

Kampfansage gegen den Zionismus — Rücktritt Weizmanns

London, 21. Oktober. (JTA.) Die britische Regierung hat heute den Bericht ihres Palästina-Bevollmächtigten, Sir John Hope Simpson, über die wirtschaftlichen Entwicklungs- und die Einwanderungsmöglichkeiten Palästinas und gleichzeitig auch ihr zukünftiges politisches und Arbeitsprogramm bezüglich Palästinas veröffentlicht.

Der Inhalt dieser beiden Dokumente hatte zur Folge, daß Professor Chaim Weizmann dem Kolonienminister Lord Paßfield eine in schärfsten Worten abgefaßte Erklärung übergeben hat, in der er zum Ausdruck bringt, die gegenwärtige britische Regierung habe die ihr gemäß dem Mandat obliegende Förderung der Entwicklung des Jüdischen Nationalheims preisgegeben. Gleichzeitig kündigt Weizmann in dem Schreiben an, er sehe keine Möglichkeit für sich, mit der britischen Regierung weiter zusammenzuarbeiten und er lege darum seine Ämter als Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency nieder.

Der von der Regierung nunmehr veröffentlichte Bericht Sir John Hope Simpsons empfiehlt die Einstellung jeder Einwanderung ausländischer Juden nach Palästina, solange arabische Arbeiter zur Besetzung der vorhandenen freien Arbeitsstellen noch verfügbar sind. Ferner verwirft Simpson das System der Bodenkäufe durch den Keren Kajemeth und nennt diese Art von Bodentransaktionen eine unerwünschte Bodenbesitzänderung. Simpson schlägt die Einsetzung einer Regierungskommission zur Durchführung der landwirtschaftlichen Entwicklung Palästinas vor. Diese Kommission soll aus einem Engländer als Vorsitzenden, einem Juden und drei Arabern bestehen. Erst nach Vollendung des Planes der Regierung für landwirtschaftliche Entwicklung werde es möglich sein, 20 000 jüdische Familien in Palästina auf dem Lande anzusiedeln. Bei dem jetzigen Stand der Landwirtschaft in Palästina, heißt es in dem Bericht Simpsons, benötigt jede arabische Bauernfamilie zu ihrer Existenz eine Bodenfläche von 130 Dunam. Zieht man dies in Betracht, so ist der heutige Vorrat an landwirtschaftlichem Boden unzureichend, so daß eine Landlosigkeit besteht, die auf 29,4 Prozent zu schätzen ist. Gegenwärtig sind in Palästina nur 6,5 Millionen Dunam kulturfähigen Bodens vorhanden, nicht — wie frühere Schätzungen besagten — zehn bis elf Millionen Dunam.

In dem zweiten durch die Regierung veröffentlichten Dokument, der programmatischen Erklärung über die zukünftige Politik in Palästina, wird die Schaffung eines Legislative Council angekündigt, der sich aus dem High Commissioner, zwölf durch die Bevölkerung zu wählenden und zehn durch die Regierung zu ernennenden Mitgliedern zusammensetzen wird. An diese Ankündigung ist die Warnung geknüpft, daß, falls von der einen oder der anderen Seite eine Non cooperation proklamiert wird und die Wahlen sabotiert werden, auch die zu wählenden Mitglieder durch die Regierung ernannt werden würden, so daß ein Legislative Council in jedem Falle bestehen wird. Die zu wählenden zwölf Mitglieder des Council sollen aus indirekten Wahlen bestimmter Korporationen hervorgehen. Die Regierung kündigt ferner an, daß sie entschlossen sei, mit den schärfsten Mitteln gegen jede Art von Störung der Ordnung oder Aufruhrversuch vorzugehen. Die englische militärische Besatzung wird aus zwei Bataillonen Infanterie, zwei Flugzeuggeschwadern und vier Abteilungen Panzerautos bestehen. Das Polizeiwesen wird einer Reform unterzogen.

In ihrem wirtschaftlichen Programm geht die Regierungserklärung noch weiter als der Bericht Simpsons und spricht ein Verbot des Verkaufs von Boden außer an die Regierung selbst für Zwecke ihres Planes der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Schaffung einer Bodenreserve aus.

Die Regierung verwirft in ihrer Erklärung das System der Einwandererauswahl durch die Jewish Agency und fordert, daß in Zukunft die Auswahl der Einwanderer unter der Kontrolle der Regierung geschehen solle; die Regierung sei auch entschlossen, eine schärfere Kontrolle über die im Lande verbleibenden Pseudo-Touristen und diejenigen, die auf ungesetzlichem Wege die Grenze nach Palästina überschreiten, auszuüben.

Die Regierung versucht, das Verbot der Bodentransaktionen dadurch zu rechtfertigen, daß solange das jetzige System der extensiven Bodenbewirtschaftung durch die Araber besteht, freier Boden nicht verfügbar sei; erst bei Einführung einer intensiven landwirtschaftlichen Betätigung, bei Durchführung von Meliorationen und Bewässerung werde eine dichtere Besiedlung des Landes möglich und Raum für neue Ansiedler geschaffen sein. Das Einwanderungsverbot rechtfertigt die Regierung durch die Arbeitslosigkeit unter den Arabern sowie in einem gewissen Maße auch unter den Juden. Die Regierung werde den Stand der Arbeitslosigkeit genau untersuchen und das Ergebnis dieser Untersuchung zum Ausgangspunkt für Einwanderungsbestimmungen machen.

*

In einem Gespräch mit dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur erklärte Professor Chaim Weizmann, daß der XVIII. Zionistenkongreß im Verlauf des Monats Februar 1931 zusammentreten wird. Bis dahin werden er, Weizmann, und die Exekutive die Geschäfte weiterführen. Die Politische Kommission ist für den 3. November einberufen worden.

Für Montag, den 27. Oktober, wird nach dem Pavillon Theater zu London ein Massenmeeting einberufen werden, in welchem der Protest der

Juden gegen die neue Palästinapolitik der englischen Regierung zum Ausdruck kommen soll. Den Vorsitz in dieser Versammlung wird Nahum Sokolow, Vorsitzender der Zionistischen Exekutive und Ehrenvizepräsident der Jewish Agency, führen. Als Redner werden Professor Chaim Weizmann und d'Avigdor Goldsmid auftreten.

*

Wie die „Frankfurter Zeitung" erfahren haben will, wird in Dr. Weizmann nahestehenden Kreisen erwogen, die Jewish Agency, falls die englische Regierung an ihrer Politik festhalte — was ganz sicher ist — nach Amerika zu verlegen, wohin sich dann auch der Mittelpunkt der ganzen zionistischen Weltbewegung verschieben würde.

Brief Dr. Weizmanns an Lord Paßfield

Sehr geehrter Lord Paßfield.

Ich habe den Bericht von Sir John Hope Simpson und die Erklärung über die Politik der britischen Regierung gelesen und erwogen. Die von diesen Dokumenten betroffenen Probleme sind von solcher Bedeutung und die angekündigten Entscheidungen treffen die Rechte und Interessen des jüdischen Volkes in so vitalem Maße, daß es meine Pflicht ist, Ihnen ohne Verzug meine Stellungnahme in aller Klarheit darzulegen.

Die Erklärung der britischen Regierung gibt sich als eine Neudarlegung der im Weißbuch von 1922 ausgesprochenen Politik und als eine Befolgung der Vorschläge des Berichts von Sir John Simpsons. Meines Erachtens jedoch bedeutet diese Erklärung eine grundlegende Abänderung der im Jahre 1922 niedergelegten Politik, wie sie sich in der Praxis von acht Jahren gestaltet hat. In einigen wesentlichen Punkten entfernt sie sich von dem Bericht von Sir John Hope Simpson. Obzwar die Jewish Agency viele von den Ergebnissen, zu denen dieser Bericht gelangt ist, kaum akzeptieren und zugeben könnte, daß der Bericht die Frucht einer vollen Würdigung aller einschlägigen Tatsachen und Probleme darstellt, so wäre sie nichtsdestoweniger, wie ich mit Sicherheit annehme, bereit gewesen, in dem Bericht eine gemeinsame Grundlage zu suchen, auf welcher eine Zusammenarbeit mit der britischen Regierung möglich gewesen wäre. Die Regierungserklärung, in welcher Meinungen sich bereits zu Entscheidungen verhärtet haben, enthält keine Einladung zu solcher Bemühung. In weitgehendem Maße leugnet sie die Rechte und sterilisiert die Hoffnungen des jüdischen Volkes bezüglich der Nationalen Heimstätte in Palästina, soweit es in der Macht der britischen Regierung steht, dies zu tun. Der Rat des Völkerbundes warnte bei seiner letzten Sitzung die Mandatarmacht im voraus gegen eine Politik, die „darauf abziele, die Entwicklung der jüdischen Nationalen Heimstätte in ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstadium zu kristallisieren". Die Auffassung des Rates wurde vom britischen Vertreter vorbehaltlos akzeptiert, die jetzt von der Regierung angekündigten Maßnahmen werden jedoch gerade dieses Resultat herbeiführen.

Seit zwölf Jahren stehe ich an der Spitze der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency. Während dieser ganzen Zeit habe ich mich bemüht, im engsten Einvernehmen mit der britischen Regierung zu arbeiten und meine Tätigkeit auf der Grundlage enger Zusammenarbeit mit ihr aufzubauen.

Niemand könnte ängstlicher bemüht sein als ich, einer Aufforderung zu weiterer Zusammenarbeit Folge zu leisten, wenn hierfür eine Grundlage vorhanden wäre. Ich kann eine solche jetzt nicht sehen, nachdem die britische Regierung einen Tadel über unsere Arbeit ausgesprochen und Entscheidungen gefällt hat, die der Fortsetzung unseres Werkes in der Zukunft sehr ernste Hindernisse in den Weg legen. Unter diesen Umständen habe ich beschlossen, mein Amt als Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency niederzulegen und so schnell als möglich den Kongreß und den Rat dieser Körperschaften einzuberufen, damit sie die Maßnahmen ergreifen, die die Lage erfordert.

Ich werde diesen Brief der Presse übermitteln, damit er womöglich gleichzeitig mit den beiden offiziellen Dokumenten erscheine.

Ihr sehr ergebener

Chaim Weizmann.

Die Aufnahme in England

Die „Frankfurter Zeitung" berichtet aus London:

Die Erklärungen der britischen Regierung über ihre neue Politik in Palästina finden durchaus nicht den ungeteilten Beifall der öffentlichen Meinung in England. Einmal wird in allen Lagern auf das lebhafteste bedauert, daß Dr. Weizmann von seinen Ämtern als Leiter der Jewish Agency und der Zionistischen Organisation zurückgetreten sei, da er nicht nur ein Freund Englands gewesen sei, sondern auch staatsmännische Gaben besessen habe, die es der englischen Regierung überhaupt zu einem erheblichen Teil ermöglicht hätten, ihren Mandatsauftrag durchzuführen. Aber auch die einzelnen Punkte der neuen Politik werden durchgängig kritisiert. Eigentlich ist nur die „Times" mit der Erklärung der Regierung in großen Zügen einverstanden. Ein Blatt, wie der „Daily Telegraph" erklärt, daß die neue Politik ein schwerer Schlag für den Gedanken des jüdischen Nationalheims sei und daß die geplante Land- und Einwanderungspolitik, also vor allem die vorläufige Sperrung der Einwanderung zugunsten der Wirtschaftslage des arabischen Volksteils, diesen Gedanken sogar strikt widerspreche, wenigstens wenn er ernst aufgefaßt würde. Da der Bericht Sir Hope Simpsons über Einwanderung und Siedlung gleichzeitig mit dem Weißbuch der Regierung veröffentlicht wird, so findet diese Seite der Frage heute eine besondere Beachtung, und das mit Recht, denn die britische Haltung gegenüber weiterer jüdischer Einwanderung ist der Kern des Konflikts und führt ohne weiteres auf den sowohl weltanschaulichen wie politischen Unterschied zwischen der Auffassung Dr. Weizmanns und der Arbeiterregierung. Es wird allgemein anerkannt, daß dieser Unterschied nunmehr klar hervortrete und daß die englische Regierung eine endgültige Wahl zugunsten einer Auffassung getroffen habe, die Palästina als den gemeinsamen Heimatboden für die nun einmal dort lebenden jüdischen und arabischen Elemente auffasse.

Der „Manchester Guardian" formuliert die Dinge scharf, wenn er sagt, daß nach Auffassung der englischen Regierung eine weitere Entwicklung des jüdischen Nationalheims unrätlich sei. Dasselbe Blatt bemüht sich aber auf der anderen Seite, sich in die Lage der Araber hineinzudenken, und äußert Befriedigung darüber, daß dieser Teil der palästinensischen Bevölkerung nun größere Entwicklungsmöglichkeiten erhalte, besonders durch die gesetzgebende Versammlung und die übrigen Selbstverwaltungselemente, die übrigens von den gleichen Arabern als nicht weitgehend genug zurückgewiesen worden waren, während die Zionisten sie damals nicht so annehmbar fanden wie heute.

Einen gefährlichen Standpunkt nimmt die „Morning Post" ein, wenn sie den Inhalt des Mandatsauftrags selbst, der auf Errichtung des jüdischen Nationalheims in Palästina laute, als gefährlich, unbefriedigend und unausführbar kritisiert. Denn Dr. Weizmann wirft den Engländern ja gerade vor, daß sie nicht nur die Balfour-Erklärung und sonstige frühere Regierungsäußerungen verletzen, sondern vor allem auch den Mandatsauftrag, ein Vorwurf, gegen den sich die englische Regierung schon im voraus dadurch verteidigt hat, daß sie erklärte, die Entwicklung der jüdischen Heimstätte dürfe im Sinne des Mandatsgedankens unter keinen Umständen auf Kosten der arabischen Bevölkerung erfolgen.

Die Konservativen gegen Macdonalds Palästinapolitik

London, 23. Oktober. Die „Times" veröffentlicht heute einen Bericht der früheren Kabinettsmitglieder Baldwin, Sir Austen Chamberlain und Amery, der sich in vielen Punkten zum Standpunkt der Regierung in Widerspruch setzt. Der Brief der Konservativen bringt zum Ausdruck, daß das Mandat eine Doppelverpflichtung im Verhältnis zu den Arabern, wie zu den Juden enthalte, daß die Regierung jetzt aber diesen Standpunkt aufgegeben habe. Der Brief der Konservativen gelangt zu dem Schluß, daß der völlig negative Charakter der heutigen Politik nicht nur mit der Auffassung des Völkerbundsrats, sondern auch mit dem Geiste der Balfourdeklaration im Widerspruch stehe. Es sei nur zu verständlich, daß das Weißbuch beim amerikanischen Judentum und bei anderen ein Gefühl des Mißtrauens in die britische Vertragstreue schaffen würde.

(Nach Schluß der Redaktion eingegangen.)

Die amerikanischen Juden gegen die neue Palästina-Politik

Washington, 21. Oktober. (United Preß.) Das ständige Organ der amerikanischen Juden, der „Jüdische Rat", veröffentlicht eine Erklärung, in der er in scharfer Form gegen die beiden gestern veröffentlichten englischen Palästinadokumente wendet. Der „Rat" erklärt, es liege darin eine Verleugnung der Balfour-Erklärung und ein schwerer Bruch der Mandatsverpflichtungen Englands.

Felix M. Warburgs Protest

Er legt den Vorsitz im Administrative Committee der Jewish Agency nieder

Neuyork, 22. Oktober. (JTA.) Herr Felix M. Warburg, Vorsitzender des Administrative Committee der Jewish Agency, hat zum Proteste gegen die neue Palästina-Deklaration der britischen Regierung den Vorsitz im Administrative Committee niedergelegt und diesen Schritt in einer der Jüdischen Telegraphen-Agentur gegebenen Erklärung wie folgt begründet:

Die Deklaration der britischen Regierung über ihre neue Politik in Palästina bedeutet einen grausam wirkenden Verrat des Vertrauens, das ihr vom jüdischen Volk entgegengebracht wurde. Der britische Kolonienminister, Lord Paßfield, habe ihm, Warburg, gegenüber eine Erklärung abgegeben, die sich nun als falsch erwies und durch welche das jüdische Volk irregeführt wurde. Dadurch sei es ihm, Warburg, unmöglich geworden, als Vorsitzender des Administrative Committee der Jewish Agency auch weiterhin Beziehungen zu der englischen Regierung aufrecht zu erhalten.

Protest in Warschau

Warschau, 22. Oktober. Die Veröffentlichung des neuen englischen Arbeitsprogramms für Palästina, das die zionistische Einwanderung bedeutend erschwert, hat unter den Zionisten Polens starke Erregung hervorgerufen. Die polnischen Zionisten stellten ein bedeutendes Kontingent der bisherigen Einwanderung nach Palästina. Gestern aber kam es sogar zu Demonstrationen vor der englischen Botschaft in Warschau, wobei einige Scheiben eingeschlagen wurden. Die zionistische Presse erklärt, daß nunmehr eine entschiedene Änderung der bisherigen England-Politik unbedingt vorgenommen werden müsse. Alle Brücken seien abgebrochen und ein schwerer und rücksichtsloser Kampf müsse beginnen. Die Hoffnung aller Zionisten der Welt sei auf Amerika gerichtet, das dem englischen Protektorat über Palästina seinerzeit nur unter dem Vorbehalt der Wahrung der zionistischen Interessen zugestimmt habe.

*

Die englische Regierungserklärung über die in Palästina zu befolgende Politik, die in diesem Stadium der Ereignisse sachlich allerdings noch nicht in allen Einzelheiten bewertet werden kann, schafft jedenfalls Klarheit über die Beziehungen der zionistischen Bewegung zur englischen Regierung: Mit ihr und dem durch sie hervorgerufenen Rücktritt Dr. Weizmanns von seinem Amt als Präsident der Jewish Agency schließt eine Periode ab, die man als die einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bezeichnen möchte, wenn nicht schon seit mindestens einem Jahr deutliche Anstrengungen der englischen Instanzen erkennbar gewesen wären, die Bestimmungen des Palästina-Mandats und die darin enthaltenen offenbaren Verpflichtungen durch die merkwürdigsten Auslegungen und Maßnahmen in ihr Gegenteil umzukehren und die allmähliche Liquidation der früheren Palästinapolitik herbeizuführen. Freilich hat die englische Regierung nie zugegeben, daß dies das Ziel ihrer Bestrebungen sei; sie wird das auch in Zukunft nicht tun und wird sich im Gegenteil immer darauf berufen, daß sie das Mandat voll und ganz anerkenne und es zu verwirklichen suche — der einmütige Protest nicht nur der zionistischen Bewegung, sondern der gesamten Judenheit, dem der Rücktritt Dr. Weizmanns schon weithin beachteten Ausdruck gegeben hat, wird sie jedoch darüber belehren, daß es ihr nicht gelingen wird, durch eine verschleiernde Redseligkeit und eine an den Haaren herbeigezogene Interpretation einzelner Mandatsartikel noch irgend jemanden darüber zu täuschen, daß sie sich den ihr auferlegten Verpflichtungen systematisch zu entziehen beabsichtigt und in Wirklichkeit das Mandat als einen Fetzen Papier behandelt. Ob der Völkerbund, dessen permanente Mandatskommission noch un-

längst erst die englische Palästinapolitik einer recht kritischen Betrachtung unterzogen hat, gegen die neue Politik der englischen Regierung mobilisiert werden kann, steht dahin. Nach der letzten Erklärung des Völkerbundsrats, in der die Mandatarmacht vor einer Politik gewarnt wurde, die darauf hinzielt, „die Entwicklung des jüdischen Nationalheims auf dem gegenwärtigen Stadium der Entwicklung zu kristalliseren", möchte man es nicht für unmöglich halten.

Der unerhörte Betrug am jüdischen Volk, dessen sich die englische Regierung jetzt schuldig macht, sollte das Gewissen der Welt aufrütteln und nicht zum mindesten auch die vielberufene englische Loyalität auf den Plan rufen, der ein solches Verhalten bisher nicht zuzutrauen war. Die Schwäche der englischen Regierung kann nicht als Entschuldigung für Handlungen dienen, die gegen die einfachsten Grundsätze von Treu und Glauben verstoßen.

Eines kann indessen heute schon mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Die Zionisten — und wenn sie die Bedeutung dieses Augenblicks für die jüdische Zukunft nicht verkennen, alle Juden — werden diese Kampfansage der englischen Regierung nicht schweigend hinnehmen. Sie haben in den letzten Jahren manchen Groll in sich hineingebissen und Vieles geschluckt, im Interesse einer freundlichen Zusammenarbeit und einer friedlichen Entwicklung Palästinas; sie haben geduldet, daß die englische Regierung, deren mangelhafte Sorge für den Schutz und die Sicherheit Palästinas, deren unerträgliche und unmögliche Zusammensetzung des palästinensischen Beamtenapparats einzig und allein den Ausbruch der Unruhen im Jahre 1929 verschuldete, Versuche unternommen hat, sie auch noch mit dem Odium der Friedensstörer zu belasten; sie werden es nicht mehr hinnehmen, daß die englische Regierung sie heute beschuldigt, durch den Anspruch auf das, was nur ihr Recht ist, die Wiederkehr befriedeter Verhältnisse in Palästina zu verhindern. In der Haltung der Zionisten gegenüber England wird von nun ab eine grundsätzliche Wandlung eintreten; es wird Aufgabe des für den Februar einberufenen 18. Zionistenkongresses sein, diese neue Periode der zionistischen Arbeit kraftvoll und würdig einzuleiten und die Krise, in die der Schlag der englischen Regierung den Zionismus versetzt, mit neuer politischer und kolonisatorischer Aktivität zu überwinden. Empörung, die sich in konstruktiven Taten ausdrückt, das ist die einzige politische Richtlinie, die sich heute geben läßt. Denn die politische Idee des Zionismus, die Idee der Selbsthilfe des jüdischen Volkes, die Idee, die Juden wieder zum Subjekt ihrer Geschichte zu machen, kann auch durch einen Mißerfolg wie den vorliegenden, in ihrer Richtigkeit nicht erschüttert werden, ebenso wenig, wie die in hingebungsvoller Arbeit gelegten Grundlagen des Palästinawerks zu erschüttern sind. Und darum muß die zionistische Arbeit weiter gehen.

Der bekannte französische Staatsmann Thiers hat einmal gesagt: „In der Politik soll man nichts tragisch, aber alles ernst nehmen." Man könnte versucht sein, trotz dieser schönen politischen Einsicht die rigorose Erklärung der englischen Regierung als ein Ereignis zu deuten, das tragische Konsequenzen nach sich ziehen muß; aber auch sie ist als eine politische Maßnahme zeitbedingt, nicht in allen politischen Konstellationen richtig, nur für den Augenblick bindend und in ihren praktischen Vorschlägen nicht durchführbar, wenn Tatsachen zu schaffen sind, an denen sie scheitern muß. Eine günstigere Konstellation mit aller Energie anzustreben, ist die Aufgabe der zionistischen Bewegung, eine Aufgabe, die deshalb nicht unmöglich ist, weil noch ein jüdisches Volk von 15 Millionen existiert, das seine Kräfte sammeln, solidarisch handeln kann und für die Zeiten, mit denen menschliche Politik rechnet, über ein großes unausgeschöpftes Kräftereservoir verfügt. I. E.

Blumenfeld spricht über die Situation des Judentums

Am Montag begann die Münchener zionistische Ortsgruppe ihre Wintertätigkeit mit einem Vortrag Kurt Blumenfelds über das Thema „Weltjudentum und Zionismus". Welche Anziehungskraft der Name Blumenfeld über den zionistischen Kreis hinaus besitzt, zeigte sich auch dieses Mal in dem starken Besuch der Versammlung: der Saal des „Rheinischen Hofs" war gefüllt.

Der Redner ging aus von einer Darlegung und Deutung der umwälzenden Veränderungen in der Situation des heutigen Judentums. Das 19. Jahrhundert war für die deutschen Juden eine Zeit des Glückes und Aufstiegs. Man glaubte an den Fortschritt, der die vollkommene Anerkennung von Gleichberechtigung und Gleichartigkeit der Juden mit sich bringen würde, und wandte sich daher mit Begeisterung und Ausdauer den fortschrittlichen Parteien zu: Der Jude war selbstverständlich Liberaler, Demokrat. Auch wirtschaftlich standen scheinbar — und damals auch tatsächlich — den Juden unbegrenzte Aufstiegsmöglichkeiten offen. Durch ihre besonderen Fähigkeiten verstanden sie es, eine Reihe von mittelständischen Berufen (vor allem die kaufmännisch vermittelnden) nahezu zu ihrem Monopol zu machen.

Die politische wie auch die wirtschaftliche Entwicklung hat in der letzten Zeit ihre Richtung in einer für die Juden verhängnisvollen Weise verändert. Die liberalen Parteien haben ihre Bedeutung vollkommen verloren, die Zahl der Parteien, die offen für die jüdischen Rechte eintreten, ist damit minimal geworden. Neue Organisationsformen der Wirtschaft, gekennzeichnet durch das Eingreifen des Staates, durch Vertrustung und Vergenossenschaftlichung, machen die vornehmlich von Juden besetzten vermittelnden Berufe in steigendem Maße überflüssig. Diese Entwicklung, die im Osten (Polen) schon Hunderttausende von Juden ihrer Existenz beraubt hat, beginnt auch in Deutschland und neuerdings sogar in Amerika sich in stärkster Weise auszuwirken. Der Zusammenschluß in vielen Wirtschaftszweigen bedeutet für die Juden Ausschluß, ihre Tüchtigkeit, die sie gerade auf solchen Gebieten (Bankgewerbe, Getreide-, Textil-, Metallgroßhandel usw.) im Zeitalter des wirtschaftlichen Individualismus zu großen Erfolgen geführt hatte, hat innerhalb der neuen Wirtschaftsformen ihre Bedeutung verloren. Der heute noch vielfach verbreitete Glaube an die Unentbehrlichkeit der jüdischen Fähigkeiten für Aufstieg und Wirtschaft der Nation, hatte seine begrenzte Berechtigung nur bis etwa 1880, wo der Höhepunkt der Sättigung erreicht war.

Gegenüber dieser neuen Lage ergreifen die Juden in der ganzen Welt instinktiv das einzige Mittel zur Selbsthilfe, das ihnen noch bleibt: sie schließen sich zusammen. Galt es früher als erstrebenswertes Ziel, sich als Einzelner möglichst vollkommen der nichtjüdischen Umwelt einzufügen und in ihr eine geachtete Stellung zu erobern,

so sucht man jetzt die Befriedigung seines persönlichen Geltungsbedürfnisses innerhalb der jüdischen Gemeinschaft und hat die Bedeutung der gegenseitigen jüdischen Hilfe (interterritoriale jüdische Hilfsaktionen, neue soziale Aufgaben der Gemeinden usw.) zu würdigen gelernt. Diese Entwicklung zur Solidarisierung der gesamten Judenheit macht auch in den Kreisen nicht halt, von denen sie aus einem hartnäckigen und irrigen Festhalten an einer überwundenen Periode, an der „guten alten Zeit" heftig bekämpft wird; so wenn der Centralverein sich die Einmischung nichtdeutscher Juden in Angelegenheiten der deutschen Juden verbittet oder wenn — als grotesker Höhepunkt — die „nationaldeutschen Juden" unentwegt am Anspruch ihrer restlosen Gleichartigkeit festhalten und sich zur Propagierung und Durchsetzung dieser Idee in einem jüdischen Verband zusammenschließen). Die tatsächliche Entwicklung hat dem Zionismus recht gegeben: Die Assimilation als Idee hat Schiffbruch gelitten; weder die liberal-individualistische noch die sozialistische und kommunistische (Sowjetrußland!) Assimilation kann eine Lösung der Judenfrage bringen; sie ist aus einer subjektiven zu einer objektiven, zu einer Frage des gesamt jüdischen Schicksals geworden.

An diesem Punkte der Entwicklung setzt die große Aufgabe des zionistischen Gedankens ein. Er nimmt von den Juden das drückende Bewußtsein des Eingezwängtseins in ein neues, unfreiwilliges Ghetto. Er gibt ihnen Klarheit über ihre wirkliche Stellung in einer neuen Welt und über den Sinn ihres Judeseins. Er befreit sie von dem Gedanken der unabsehbaren Auswegslosigkeit aus der jüdischen Not, die durch solidarische Selbsthilfe nur unwesentlich und vorübergehend gemildert werden kann. Er gibt ihnen Mut und Kraft für die Aufgabe der Selbstbehauptung, indem er ihnen ein Ziel vor Augen stellt, das diese Aufgabe zu einer lohnenden, freiwillig und freudig erfüllten Pflicht macht. Was in kurzer Zeit in Palästina entstanden ist, das ist schon jetzt geeignet, den Juden der ganzen Welt Vorbild für ein jüdisches Leben in Würde und innerer Freiheit zu sein. Der Anblick dieses Lebens einer normal geschichteten jüdischen Volksgemeinschaft und die Aufgabe, an ihrem Aufbau mitzuarbeiten, kann den Juden der Welt Mut und Ausdauer verleihen, diese harte Zeit zu überdauern.

Die hier notwendig in knapper Form wiedergegebenen Ausführungen Blumenfelds haben sicher bei allen Zuhörern das Verständnis für die gegenwärtige Lage der Juden und ihre Zukunftsmöglichkeiten vertieft. Dem Redner dankte begeisterter Beifall und der Wunsch des Vorsitzenden, ihn bald wieder bei uns zu begrüßen.

Richard Eisen.

Beschlüsse des Landesvorstandes der Z.V. f. D.

Berlin, 16. Oktober. (JTA.) Der Landesvorstand der Z. V. f. D. trat am Sonntag, dem 12. Oktober, in Berlin zu einer Sitzung mit folgender Tagesordnung zusammen: 1. Die Situation nach den Reichstagswahlen, Wahlen zum Preußischen Landesverband, unsere Beziehungen zu den nichtzionistischen Organisationen. Referenten: R.-A. Max Jacobsohn (Breslau), Alfred Berger (Berlin), Dr. Harry Epstein (Duisburg). 2. Maasser-Ordnung, Referent: Dr. Rosenblüth. 3. Die Versicherungsaktion des Keren Kajemeth, Referent: Dr. Wollstein. 4. Die Winterarbeit der Z. V. f. D., Referent: Kurt Blumenfeld.

Über den Verlauf der Sitzung und die gefaßten Beschlüsse geht der JTA. das folgende Communiquee zu: Die Sitzung war stark besucht; fast alle Mitglieder des Landesvorstandes und zahlreiche Vertreter von Ortsgruppen aus dem Reich nahmen an ihr teil. Sie war von größter Bedeutung für den Fortgang unserer Arbeit; es herrschte Einmütigkeit, Entschlossenheit und der feste Wille, eine Propaganda größten Stils zu entfalten. Die innerzionistische politische Diskussion soll gegenüber der großen grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem deutschen Judentum in den Hintergrund treten. Folgende Beschlüsse werden veröffentlicht:

I. 1. Unsere Antwort auf die gegenwärtige Situation der Juden in Deutschland ist das Bekenntnis und der Aufruf zum Zionismus. Der bisher übliche Abwehrkampf hat sich abermals als nutzlos erwiesen. Die deutsche Judenheit ist über ihre wahre Situation aufzuklären. Sie kann nur durch tätige Selbsthilfe ihr Schicksal gestalten und muß erkennen, daß ihre Zukunft mit der der Weltjudenheit eng verknüpft ist.

2. An die Gemeinden und Gemeindeverbände stellen wir folgende Forderungen: Gemeinde und Gemeindeverbände haben die Rechte der in Deutschland lebenden Juden zu schützen und die gesamtjüdischen Interessen gegenüber den Organen der Gesetzgebung und Verwaltung wahrzunehmen, sie haben den Wirtschaftsantisemitismus zu bekämpfen und demgemäß die sozialpolitische Arbeit in allen ihren Formen auszubauen und die jüdische Wirtschaftshilfe zu fördern. Als wirksamste Gesamtvertretung aller in Deutschland lebenden Juden ist der Reichsverband der deutschen Juden auf demokratischer Grundlage schleunigst ins Leben zu rufen.

II. Der Landesvorstand beauftragt die Gemeindekommission, baldigst eine Konferenz der zionistischen Gemeindevertreter aus dem ganzen Reiche nach Berlin einzuberufen. Diese Konferenz soll zur Aufgabe haben, nach Anhören von Referaten über unsere Aufgaben auf dem sozialwirtschaftlichen, kulturellen und organisatorischen Gebiet neue Anweisungen für unsere praktische Gemeindearbeit zu geben.

III. Der Landesvorstand der Z. V. f. D. anerkennt die Arbeit des Makkabiweltverbandes als wichtigstes Mittel zur Gewinnung und Zionisierung der jüdischen Jugend und empfiehlt die tatkräftige Unterstützung dieser Arbeit durch alle Teile der Zionistischen Organisation. Besondere Aufmerksamkeit soll der Vorbereitung und Durchführung der Makkabiah 1932 — der ersten Jüdischen Olympiade — in Erez Israel gewidmet werden.

*

Am Sonntag, 19. Oktober, fand in München eine Vorstandssitzung des Zionistischen Gruppenverbandes statt, die sich den Resolutionen des Landesvorstandes, besonders auch hinsichtlich des Reichsverbandes der deutschen Juden vollinhaltlich anschloß.

Die nationalsozialistischen Exzesse in der Leipziger Straße

Wohlorganisierte Aktion

Belohnung von 5000 Mark für Ermittelung weiterer Täter

Berlin, 20. Oktober. (JTA.) Der Polizeipräsident teilt mit: Die polizeilichen Ermittlungen über die Ausschreitungen, die am Montag, dem

13. Oktober, in der Leipziger Straße stattfanden, haben Anhaltspunkte dafür ergeben, daß es sich um eine wohlorganisierte, unter bestimmter Führung stehende Aktion handelte. Die Tumultanten haben keineswegs in augenblicklicher und spontaner Erregung gehandelt, sondern nach anscheinend sorgfältig getroffener Verabredung ihre Angriffe gegen seit längerem ausgesuchte Geschäftshäuser gerichtet. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der Exzesse für die Staatsordnung und das Wirtschaftsleben hat der Polizeipräsident eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Dieser Betrag ist für Angaben bestimmt, die zur Ermittlung weiterer Täter und ihrer Hintermänner führen.

Nationalsozialistische Rundschreiben an Berliner Geschäftsführer

Berlin, 20. Oktober. (JTA.) „Vossische Zeitung" erfährt, daß kurz vor den Tumulten in der Leipziger Straße Sitzungen der nationalsozialistischen Sturmabteilungen stattgefunden haben, in denen die Durchführung der Überfälle im einzelnen besprochen wurde. Der deutlichste Beweis dafür, daß es sich bei den Tätern um nationalsozialistische Trupps und nicht, wie die Rechtspresse zu behaupten sucht, um kommunistische Provokateure gehandelt hat, ist aber die Tatsache, daß an Berliner Geschäftsinhaber vor kurzem Rundschreiben ergangen sind, in denen sie aufgefordert wurden, ihre Konfession der nationalsozialistischen Partei mitzuteilen! Diejenigen, die die Anfragen unbeantwortet lassen würden, würden ohne weiteres als „jüdisch" angesehen werden. Bei den zwangsgestellten Tumultuanten fand die Polizei außerdem Zettel, auf denen die demolierten Geschäfte verzeichnet waren, unter anderem auch eine Firma, die der nationalsozialistischen Zerstörungswut offenbar nur deshalb zum Opfer gefallen ist, weil sie das Rundschreiben unbeantwortet gelassen hatte.

Hitler selbst will es nicht gewesen sein

London, 19. Oktober. (JTA.) Der Berliner Berichterstatter der Londoner „Times" hatte eine Unterredung mit Hitler über die antisemitischen Ausschreitungen vom Montag. Hitler erklärte, er werde jedes Mitglied seiner Partei, das in diese Dinge verwickelt gewesen sei, rücksichtslos ausschließen. Er wolle nichts mit Pogromen zu tun haben. Sein Grundsatz laute: Deutschland den Deutschen, und seine Haltung gegenüber den Juden richte sich lediglich danach, wie sich die Juden zu diesem Grundsatz verhielten. Er hätte nichts gegen die anständigen Juden einzuwenden. Falls sich die Juden aber mit dem Bolschewismus verbänden, was viele unglücklicherweise täten, so müßten sie als Feinde gelten.

Die ersten antisemitischen Anträge der Hitler-Partei im neuen Reichstag

Berlin, 17. Oktober. (JTA.) Die nationalsozialistische Fraktion im neuen Reichstag hat eine Reihe Gesetzesvorschläge eingebracht, u. a. auch den folgenden Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: Das gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten, der seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen, ihrer Familien und Familienangehörigen, ferner der seit diesem Tage durch Krieg, Revolution, Inflations- oder Deflationsgewinne erworbene Vermögenszuwachs, wird zum Wohle der Allgemeinheit des deutschen Volkes entschädigungslos enteignet. Alle Großbanken einschließlich der sogenannten Reichsbank sind ungesäumt in staatlichen Besitz zu überführen."

Andere nationalsozialistische Anträge betreffen die Festsetzung eines Höchstzinssatzes von 5 Prozent, wovon mindestens 1 Prozent auf die Tilgung der Schuld zu rechnen ist; (nach spätestens 50 Jahren gilt jedes Darlehen als getilgt), sowie ein Verbot aller Termingeschäfte an der Börse.

Diese von der demokratischen Presse nicht ernst genommenen Anträge werden von der Rechtspresse, die bisher die Hitlerbewegung moralisch gestützt hat, scharf kritisiert. „Berliner Tageblatt" stellt fest, daß in denjenigen Rechtskreisen, die bisher für ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten äußerst eingenommen waren, die Veröffentlichung der Anträge der Hitler-Fraktion ein gruseliges Entsetzen erregt hat. Sogar bei Hugenberg schüttelt man bedauernd den Kopf. Die weit rechts stehende „Berliner Börsenzeitung" konstatiert im Tone tiefer Enttäuschung, daß die Nationalsozialisten „in der Wahl ihrer Mittel keine Hemmungen kennen". „Vorwärts" erfährt, daß die Führer der Nationalsozialisten dem volksparteilichen Abgeordneten und Direktor der Deutschen Bank Ritter von Strauß gegenüber erklärt haben, die Anträge wären nicht so bös gemeint; sie gehörten nun einmal zum Programm, aber man würde sie schon rechtzeitig „versacken" lassen.

Ritualmordmärchen vor einem Badener Gericht

Baden, 20. Oktober. (JTA.) In Mosbach in Baden wurde dieser Tage ein eigenartiger Prozeß verhandelt. In Freudenberg hatte in einer nationalsozialistischen Versammlung der Zahnarzt Dr. Otto Hellmuth aus Marktbreit erklärt, am 13. März 1929 sei in Manau bei Hofheim an einem Kinde Karl Keßler ein Ritualmord verübt worden; er habe die Leiche des Kindes selbst untersucht und dabei festgestellt, daß an dem Kinde Schächtschnitte vorgenommen worden seien. Auf Anzeige des Landesverbandes Baden des Zentral-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wurde Anklage wegen Vergehens gegen den § 166 Str.G.B. (Beschimpfung von Religionsgesellschaften, die mit Korporationsrechten ausgestattet sind) erhoben. Über ein Jahr wußte der Beschuldigte, der nationalsozialistischer Abgeordneter im Bayerischen Landtag ist, den Prozeß hinauszuzögern. In der Verhandlung stellte er den Sachverhalt folgendermaßen dar: Er sei zufällig in jene Versammlung gekommen und habe bemerkt, daß Zentrumsleute anwesend seien. Darauf habe er in der Diskussion jenen auseinandergesetzt, daß das Zentrum und die Bayerische Volkspartei keine religiösen Parteien seien, wie sie von sich behaupten, sondern auf Kosten der Religion politische Geschäfte machten. Denn es sei von dem Führer der Bayerischen Volkspartei im Landtage und in gleicher Weise vom bayerischen Kultusminister erklärt worden, daß es Ritualmorde nie gegeben habe. Das stände aber im Widerspruch mit dem, was der Katholik — er selbst bekannte sich als Katholik — zu glauben habe(!). Denn durch die von den in kirchlichen Dingen unfehlbaren Päpsten vorgenommenen Heiligsprechungen von Opfern jüdischer Ritualmorde seien diese unbezweifelbar bewiesen. Den Mord von Manau habe er erwähnt, weil dieser die Ritualmord-Debatte im Bayerischen Landtag hervorgerufen habe. Er habe aber betont, daß dieser Fall ungeklärt sei. Seine Ausführungen über das Schächten von Kindern, über das Weiterverteilen des Bluts an Rabbiner zu religiösen Zwecken hät-

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

36. Fortsetzung

„Woher hast du die Pelze?" Der Kosak setzte ihm das Gewehr an die Schläfe.

Der Alte schwieg.

„Gib Antwort, oder ich erschieße dich!"

„Und wenn du mich erschießt, Hundesohn, ich sage es dir nicht!"

Der Kosak schoß. Der Schlachtschitz fiel mit dem Gesicht auf die feuchte Erde.

Zwischen den Bäumen kam langsam Reb Abraham in seinem Schafpelz und der Pelzmütze, groß und breitschultrig, näher; er wollte wissen, woher der Schuß kam, den er gehört hatte.

Der Regen schlug klatschend an die Stämme und Zweige und verschlang alle anderen Geräusche.

Erst als Reb Abraham ganz aus dem Walde trat, bemerkte er die Kosaken. Mit einer raschen Wendung wollte er sich wieder ins Gebüsch zurückziehen; aber eine Stimme rief ihm „Halt!" zu. Er blieb stehen. Ein Offizier und einige Kosaken ritten auf ihn zu:

„Bist du der Besitzer des Waldes?"

„Ja."

„Komm mit!"

Sie führten Reb Abraham an die Stelle, wo der tote Schlachtschitz lag, und wendeten den Leichnam um.

„Kennst du den da?"

Reb Abraham betrachtete das beschmutzte Gesicht des Toten und anwortete:

„Ich kenne ihn nicht."

„Du lügst!" schrie ihn der Offizier an. „Du hältst es mit den Rebellen!"

Reb Abraham schwieg.

„Woher hat er die Pelze und Stiefel gebracht?" fragte der Offizier weiter.

„Ich weiß es nicht."

„Wenn dir der Strick um den Hals liegt, wirst du es gleich wissen! Sprich lieber die Wahrheit!"

„Wie kann ich die Wahrheit sagen, wenn ihr mir nicht glaubet!" erwiderte Reb Abraham.

„Natürlich glauben wir dir nicht! Der Rebell, der da liegt, ist denselben Weg gefahren, den du jetzt gekommen bist, und da erzählst du uns, du wüßtest von nichts! Sprich, wenn du nicht dasselbe Ende nehmen willst wie der da!"

Reb Abraham schwieg.

„Legt ihm einen Strick um, das wird ihn gleich reden lehren!"

Die Kosaken suchten und fanden jedoch keinen. Einer bückte sich und begann, den Strick von dem Bauernpelz des Toten zu lösen.

Reb Abraham warf einen Blick auf den Strick; sein Herz krampfte sich zusammen, hob sich bis zum Halse und würgte ihn. Sein Gesicht wurde blutrot. Ohne die Fragen zu hören, welche der Offizier an ihn richtete, murmelte er immer wieder:

„Ich weiß gar nichts . . Ich weiß gar nichts!"

„Hängt den Saujuden!" stieß der Offizier hervor.

Reb Abraham stand neben dem toten Schlachtschitzen und sah zu, wie etwa fünfzig Schritte entfernt die Kosaken damit beschäftigt waren, einen Baum als Galgen herzurichten; die Ruhe, die er kurz vorher verloren hatte, kehrte wieder in ihm ein. Mit lauter Stimme sprach er das Sündenbekenntnis und schlug mit der Faust an seine Brust.

„Fertig!" rief jemand.

Reb Abraham richtete sich hoch auf und schritt erhobenen Hauptes dem Baume zu. Aus den Taschen nahm er sein ganzes Geld und streute es mit voller Hand aus; er lächelte, als die Kosaken sich darauf stürzten und sich im Morast wälzten, um die Münzen zu erhaschen. Dann zog er seinen Schafpelz aus, legte die Mütze ab, löste die goldene Uhr und Kette von der Weste, warf ein Stück nach dem andern ab und schritt im offenen Hemd zum Galgen . . .

Wie böse Geister flogen die Krähen herbei, und der Wald hallte wider von ihrem heiseren Kra, Kra . . .

Ende.

* * *

Vorläufig werden wir keinen neuen Roman bringen, sondern das Gebiet der kleineren Erzählung pflegen.

Die Red.

ten sich klar und ausschließlich auf die gerichtsnotorisch belegten (!) historischen Fälle (Simon von Trient, Thomas von Damaskus) bezogen.

Der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Vorsitzende brachte aber in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß das Gericht erheblichen Verdacht gehabt habe, daß die Äußerungen des Angeklagten tatsächlich doch so gefallen seien, wie es die Anklage behaupte. Indizien lägen gegen den Angeklagten vor in einem Artikel aus dem „Stürmer“ vom März 1929 und in einer Postkarte, die der Angeklagte dem Gericht während der Verhandlung überreichte. In dem Artikel des „Stürmer“ wird der Mord von Manau in widerwärtigsten Ausmalungen als Ritualmord geschildert — der Angeklagte mußte sich als der „hauptsächliche“ Autor des Artikels bekennen. Der Freispruch erfolgte also, weil nach der von jenen Kreisen virtuos gehandhabten Methode des Herausredens das Gericht zu der Auffassung kam, daß die Äußerungen nicht so gefallen seien, wie die Anklage behauptete, und daß auch die vorliegenden Indizien ungenügend seien.

Beginn des Ritualmordprozesses in Velka Berezna

Prag, 20. Oktober. (JTA.) Am Montag, dem 20. Oktober, begann vor dem Bezirksgericht in Velka Berezna der Prozeß gegen den jüdischen Hausierer Moritz Steinberger aus Uzhorod, der beschuldigt wird, zwei Kindern, dem 11jährigen Vasil Kosta und der 8jährigen Helene Bogdan, Verletzungen an den Oberarmen zugefügt zu haben. Die Klage lautet lediglich auf leichte Körperverletzung, aber in dem verlesenen Protokoll der Gendarmerie wird angedeutet, daß die Verletzungen wahrscheinlich zu Ritualzwecken vorgenommen wurden, und daß eine Blutentziehung stattgefunden hat. Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf eine Aussage der ungarischen Lehrerin Aranka Szöke aus Nova Simera, wo die Delikte angeblich begangen wurden. Die Lehrerin brachte zur Anzeige, daß die beiden Kinder ihr erzählt hätten, zwei Juden hätten ihnen Blut abgezapft und als Entschädigung 50 Heller gegeben. Die einvernommenen Kinder verwickelten sich in Widersprüche und geben schließlich zu, daß sie sich die Verletzungen selber an einer zerschlagenen Fensterscheibe beigebracht haben. Trotzdem wurde die Klage gegen Steinberger erhoben, der, wie erst einige Monate später festgestellt wurde, zu der von den Kindern angegebenen Zeit in Nova Simera geweilt hat.

Bei Beginn der Verhandlung kam zur Sprache, daß die Klage eigentlich von der Seite der Geschädigten, nämlich den Eltern der Kinder, hätte erhoben werden müssen. Als man dann die Mutter der Helene Bogdan, die als erste das Ritualmordgerücht verbreitet hatte und als Privatklägerin in Betracht kam, einvernahm, erklärte sie: „Ich habe nichts gesehen, ich verstehe nicht, was sie von mir wollen!“

Das Gericht beschloß sodann, die Verhandlung zu vertagen, um festzustellen, ob überhaupt ein Privatkläger vorhanden ist.

In der fortschrittlichen Öffentlichkeit und Presse der Tschechoslowakei hat die Art der Untersuchungsführung und Klageerhebung große Empörung hervorgerufen.

Ein neues jüdisches Gemeindegesetz in Italien

Zwangsverband der Gemeinden unter Staatsaufsicht

Rom, 19. Oktober. (JTA.) Der Ministerrat hat den Entwurf zu einer königlichen Verordnung über die Organisation der jüdischen Gemeinden in Italien, sowie die Vereinheitlichung und Modifizierung der auf die Juden Bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen angenommen. Manche dieser Gesetze und Verordnungen gehen noch auf die Zeit vor Gründung des Königreichs Italien zurück und wurden von den Königen von Sardinien, den Erzherzögen von Toscana, dem Kaiser von Österreich und anderen Beherrschern der Gebiete erlassen, die nunmehr zum italienischen Königreich gehören.

Die neue Verordnung sieht einen Zwangsverband der jüdischen Gemeinden vor, welcher als einziger berufener Vertreter der jüdischen Interessen gelten wird. Der Verband wird, wie ein Communique des Ministerrats mitteilt, unter der Kontrolle der Regierung stehen, entsprechend jener „Richtung des modernen öffentlichen Rechts, die alle Tätigkeitsformeln, besonders solche auf kollektiver Grundlage, zwecks entsprechender Überwachung der Staatsautorität unterstellt wissen will“.

Dem Bund der Gemeinden wird ein Rabbinerkollegium zur Seite stehen, das jedoch nur beratende Funktionen zu erfüllen haben und nicht einmal eine Disziplinargewalt über die Rabbiner der einzelnen Gemeinden besitzen wird.

Der Beschluß der italienischen Regierung, eine einheitliche Organisation der italienischen Juden zu schaffen, geht auf die neue Religionspolitik zurück, welche durch das im Jahre 1929 mit dem Vatikan beschlossene Konkordat inauguriert wurde. Mit dem Entwurf eines jüdischen Gemeindegesetzes war eine sechsgliedrige Spezialkommission betraut worden, in der der Oberrabbiner von Rom Dr. Sacerdoti, der Präsident des jüdischen Gemeindeverbandes Advokat Sereni und der Professor des kanonischen Rechts an der Mailänder Universität Professor Mario Falco als Vertreter der Juden fungierten.

Der Dank der italienischen Juden

Nach der Annahme des Gesetzentwurfes durch den italienischen Ministerrat hat Rechtsanwalt Sereni folgendes Telegramm an Ministerpräsident Mussolini gesandt:

„Durch die Annahme des Gesetzes über die jüdischen Gemeinden hat die nationale Regierung den auf das Judentum Bezug habenden Teil jenes gesetzgeberischen Werkes vollendet, das mit dem Gesetz über die zugelassenen Kulte begonnen wurde. Im Namen der jüdischen Bevölkerung Italiens bittet der Bund der jüdischen Gemeinden Eure Exzellenz, die Versicherung seiner tiefsten Dankbarkeit und den Ausdruck seiner Genugtuung darüber entgegenzunehmen, daß seine Arbeiten künftig unter der Aegide des Staates vor sich gehen werden.

Aus der jüdischen Welt

Der Allgemeine Rabbinerverband in Deutschland für inneren Frieden im deutschen Judentum

Berlin, 17. Oktober. (JTA.) Der Vorstand des Allgemeinen Rabbiner-Verbandes in Deutschland erläßt die folgende Kundgebung:

Die jüngsten politischen Geschehnisse machen mehr als je den inneren Frieden im deutschen Judentum notwendig. Die schwere wirtschaftliche Notlage verbietet es zudem, Mittel für Wahlkämpfe zu verausgaben anstatt zu neuem Aufbau. Daher richten wir an alle Juden in Deutschland die dringliche Aufforderung, bei den bevorstehenden Wahlen zu den Landesverbänden und den Gemeindevertretungen Wahlkämpfe zu vermeiden, Zwiespalt nicht zu verschärfen und nach Möglichkeit den Kampf durch ein Wahlkompromiß auszuschalten.

Statistik der Kirchenaustritte in Berlin

Berlin, 17. Oktober. (JTA.) Auf Grund der bei den Berliner Amtsgerichten abgegebenen Erklärungen vollzogen im Laufe des Jahres 1929 in der Reichshauptstadt 57 640 Personen ihren Austritt aus der Kirche. Davon entfallen auf die evangelische Kirche 50 491 Personen (28 997 Männer, 21 493 Frauen), auf die römisch-katholische Kirche 6570 (3823 Männer, 2746 Frauen), auf die Jüdische Gemeinde 579 (378 Männer, 201 Frauen), auf die sonstigen Religionsgemeinschaften eine Person.

Frau Martha Weltsch gestorben

Berlin, 20. Oktober. (JTA.) In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober ist Frau Martha Weltsch, geb. Epstein, die Gattin des zionistischen Schriftstellers und Chefredakteurs der „Jüdischen Rundschau“ Dr. Robert Weltsch, nach langem schweren Leiden in Berlin im Alter von 37 Jahren verstorben. Die so früh Verstorbene, eine edle Erscheinung, an allem Geistigen in der Welt zu tiefst interessiert, hat sich auch in der zionistischen Frauenbewegung bewährt.

Die Nationalratswahlen in Österreich im Zeichen des Antisemitismus. Der österreichische Justizminister erklärt sich mit den Hitlerleuten solidarisch

Wien, 20. Oktober. (JTA.) Justizminister Dr. M. Hueber, einer der beiden Vertreter der Heimwehr im neuen österreichischen Kabinett, hat sich in einer Rede, die er in einer Klagenfurter Versammlung gehalten hat, mit den deutschen Nationalsozialisten solidarisch erklärt. Die Heimwehr habe dieselben Auffassungen und Ziele wie die deutschen Nationalsozialisten, sagte Minister Hueber. Daß zwischen Heimwehr und den österreichischen Nationalsozialisten kein Wahlabkommen zustandegekommen ist, sei nicht auf Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Aufnahme rassenantisemitischer Losungen in das Wahlprogramm zurückzuführen.

Nach einer Meldung der „Arbeiterzeitung“ hat Minister Dr. Hueber ähnliche Erklärungen auch in einer Versammlung in Wien abgegeben, wobei er die Schuld für alles Elend im Lande den eingewanderten galizischen und demokratisch gesinnten westeuropäischen Juden zuschob. „Uns Heimwehrleute“, habe Dr. Hueber gesagt, „trennen von Hitler bloß taktische Fragen, nicht aber unsere Auffassung des Judenproblems. Möge es Jedermann wissen, daß wir uns in Bezug auf die Judenfrage eng an das nationalsozialistische Programm anlehnen, da wir der Meinung sind, daß die Juden die gesellschaftliche Atmosphäre in Österreich vergiften.“

Zum Zeichen des Protestes gegen den neuerdings aufgenommenen scharf antisemitischen Kurs des Heimatblocks ist eine Reihe von jüdischen und nichtjüdischen Persönlichkeiten, darunter einige Mitglieder der alten Aristokratie, aus dem Heimatblock ausgetreten.

Die Christlichsoziale Partei gibt ihr antisemitisches Programm auf

Dagegen hat die unter Führung des Bundeskanzlers Dr. Carl Vaugoin und des Außenministers Prälat Dr. Seipel stehende Christlichsoziale Partei ihr antisemitisches Programm, welches sie seit ihrer Gründung durch den antisemitischen Bürgermeister von Wien Dr. Carl Lueger stets verkündet hatte, fallen gelassen. Sie erklärt nunmehr, die Interessen aller Bürger des Staates schützen zu wollen.

Aufruf des Wahlkomitees für die „Jüdische Liste“ (Stricker)

Wien, 17. Oktober. (JTA.) Das Wahlkomitee für die „Jüdische Liste“ (Listenführer Robert Stricker) veröffentlicht einen Aufruf in welchem es u. a. heißt: „Aus der Erkenntnis heraus, daß das in seiner Sicherheit und Ehre bedrohte Judentum Österreichs nicht stumm bleiben darf und die Möglichkeit haben muß, vor dem österreichischen Volke und vor der ganzen Welt seine Stimme zu erheben, die unverfälschte jüdische Stimme, hat sich eine Vereinigung jüdischer Männer und Frauen dazu entschlossen, mit einer jüdischen Liste in den Wahlkampf einzutreten. Keine der bisher im Parlamente vertretenen und keine der jetzt wahlwerbenden Parteien will und kann Vertreterin bedrohter jüdischer Interessen, „Judenschutztruppe“, sein. Jüdische Vertreter müssen auf dem Platze sein. Nicht auf ihre Zahl kommt es an, sondern auf ihre Ergebenheit im Dienste der jüdischen Sache, auf die Eindringlichkeit ihrer Sprache, auf die Würde ihrer Haltung.“

Einstellung der Tätigkeit des Warschauer Emigrationsbüros

Warschau, 20. Oktober. (JTA.) Das Warschauer Emigrationsbüro, welches viele Jahre hindurch auf dem Gebiet der jüdischen Auswanderung eine segensreiche Tätigkeit entfaltet hat, ist infolge plötzlicher Einstellung der Subvention seitens der amerikanischen HIAS nicht in der Lage, seine Arbeit fortzusetzen. Hunderte jüdische Arbeiter, welche nach Westeuropa und Südamerika auszuwandern beabsichtigen, sind nunmehr den Machinationen gewissenloser Agenten und Schwindler ausgeliefert. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat der Landesrat der jüdischen Handwerkervereine Polens beschlossen, gegen das Vorgehen des amerikanischen Hias energisch Protest einzulegen.

Raubmord an einer jüdischen Familie in Sambor

Lemberg, 16. Oktober. (JTA.) Der jüdische Schenker Isaak Mates, seine Frau Sarah, seine Tochter Rebekka und ein Dienstmädchen sind einem Raubmorde zum Opfer gefallen. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Revision des Todesurteils gegen jüdische Kommunisten

Lemberg, 16. Oktober. (JTA.) Das gegen drei junge jüdische Kommunisten vor wenigen

Monaten wegen Besitzes verbotener kommunistischer Literatur gefällte Todesurteil wurde vom Appellationsgericht aufgehoben. Naphtali Propper wurde freigesprochen, die Strafe gegen Samuel Jugend auf ein Jahr und die gegen Israel Hirsch auf 18 Monate Gefängnis festgesetzt.

Programmatische Erklärung Mironescus zur Judenfrage

Bukarest, 17. Oktober. (JTA.) Ministerpräsident Mironescu gab einen Pressetee, an dem alle in- und ausländischen Pressevertreter teilnahmen, und hielt bei dieser Gelegenheit die erste Rede als Regierungschef. Er erklärte, die neue Regierung sei keine provisorische Regierung, wie einzelne Blätter behauptet haben; sein Kabinett genieße das volle Vertrauen des Königs und des Parlaments.

Mironescu entwickelte das Programm der neuen Regierung und führte mit Bezug auf die Juden aus: Die jüdische Minderheit ist die älteste Minderheit in Rumänien, wir haben daher ein besonderes Interesse daran, daß sich die Juden in unserem Lande wohl fühlen. Wir werden alles tun, um die Rechte der Juden zu verteidigen und sie gegen Agitation und Ausschreitungen zu schützen. Wir werden die stengsten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung treffen und mit aller Schärfe gegen antisemitische Ruhestörer vorgehen. Wir betrachten die Minderheiten nicht als Feinde, sondern als Bürger, denen wir das Wohnen in Rumänien so angenehm als möglich machen müssen.

Das offizielle vatikanische Organ gegen Hitler

Rom, 16. Oktober. (JTA.) „Osservatore Romano", das offizielle Organ des Vatikans, schreibt über die Verordnung des Bischofs von Mainz gegen den Nationalsozialismus: Das Verbot stützt sich darauf, daß das Programm der Nationalsozialisten Grundsätze enthält, die mit den Lehren und mit den Grundsätzen der katholischen Kirche unvereinbar sind. Auch ist es bekannt, daß die nationalsozialistischen Redner in öffentlichen Versammlungen verkünden, daß ihre Politik „gegen Juda und Rom" gerichtet ist.

„Was uns am meisten wundert — schließt „Osservatore Romano" — ist, wie die Verbreiter des Wotankultes verlangen können, daß sich um ihre Standarte mit dem Sonnenrad und dem Hakenkreuz gerade die Anhänger des Kreuzes und Christi scharen, der die Götter aus dem heidnischen Olymp verjagt hat."

Neuerliche antisemitische Ausschreitungen in Paris

Paris, 16. Oktober. (JTA.) Zum zweitenmal im Verlauf von wenigen Wochen wurde von Gruppen französischer Royalisten, sogenannten „Camelots du Roi" der Versuch gemacht, antisemitische Unruhen im jüdischen Viertel von Paris hervorzurufen. Als am 11. Oktober eine Gruppe jüdischer Kriegsteilnehmer vor der am Rathaus angebrachten Gedenktafel für Kriegsgefallene einen Kranz niederlegen wollte, wurde sie von einer Rotte Camelots mit Stöcken überfallen. Die Royalisten versuchten auch, die Fahne der Vereinigung ehemaliger jüdischer Frontsoldaten zu zerreißen. Die jüdischen Soldaten setzten sich zur Wehr, wobei zahlreiche Passanten für die Juden und gegen die Royalisten Stellung nahmen. Die Rowdies erhielten eine ausgiebige Tracht Prügel und wurden schließlich von der Polizei verhaftet. Auf die Bitte der Vereinigung ehemaliger jüdischer Soldaten wurden sie aber bald darauf wieder freigelassen.

Lord Melchett krank

London, 17. Oktober. (JTA.) Lord Melchett, der Vorsitzende des Council der Jewish Agency, ist nach seiner Rückkehr aus Kanada erkrankt. Er hat sich darum genötigt gesehen, zunächst für drei Wochen jeder öffentlichen Tätigkeit zu entsagen. Er leidet an einer Venenentzündung.

Endgültiger Freispruch der Demonstranten gegen Shiels

Tel-Awiw, 20. Oktober. (JTA.) Am 18. August fand die zweite Verhandlung gegen die wegen der Demonstrationen gegen Unterstaatssekretär Dr. Drummond Shiels angeklagten Juden statt. Nach einem Verhör, das den ganzen Tag gedauert hatte, fällte der Richter Harkavy einen Freispruch, durch den diese Komödie der Irrungen von Freilassung und Wiederverhaftung endgültig abgeschlossen erscheint.

Feuilleton

Lion Feuchtwangers „Erfolg"*

Jede menschliche Rede sollte in erster Linie nach ihrer Form beurteilt werden. Lion Feuchtwanger ist hierin offenbar anderer Meinung. Unter seinen bayerischen Beamtentypen befindet sich ein stark an Ludwig Thoma's Bindinger erinnernder Gymnasiallehrer namens Feichtinger. Da dieser als Geschworener von den Vorgängen im Gerichtssaal wenig begreift, kaut er an den Nägeln und „korrigiert manchmal mechanisch eine Satzkonstruktion." Unserem Verfasser ist philologische Pedanterie dieser Art unsympathisch.

Seine eigenen Satzkonstruktionen haben viel Sonderbares. Er schreibt nicht: „Johanna wäre um ein Haar losgefahren." Er schreibt: „Johanna, um ein Haar, wäre losgefahren." Er ist kein Freund altbayerischer Überlieferung. Aber die nach dem Muster: „an einem schönen Abend, sich ausgeregnet habend" gebildeten Partizipialkonstruktionen Ludwig I. haben es ihm angetan. Er ahmt sie nach. Herrn „Hessreiter, in die Briennerstraße eingebogen, der Galerie Novodny zu" — würde indessen Ludwig I., da er auf geradlinige Straßenzüge hielt, beanstandet haben. Selbst einen englischen oder französischen Feichtinger müßte dieser eingebogene Herr zu leidenschaftlichem Nägelkauen veranlassen. Er geht einem auch sonst auf die Nerven. „Hm!" sagte Herr Hessreiter. „Danke" sagte Herr Hessreiter dann, verabschiedete sich umständlich, entfernte sich. Kehrte nach fünf Minuten zurück. Sagte in einer gezwungen beiläufigen Art: „Ich kaufe das Bild!" Diese Stakkatomanier mag bei Herrn Hessreiter selbst noch einigermaßen situationsgemäß sein, obwohl er sich umständlich verabschiedet. Aber warum bedient sich unser Verfasser selbst so häufig dieses unschönen Telegrammstils, da ihm doch der Verlag Kiepenheuer tausend Druckseiten für seinen „Erfolg" zur Verfügung gestellt hat? Überhaupt wäre ihm ein Weniger von der „gezwungen beiläufigen Art des Herrn Hessreiter und ein Mehr von der bornierten Logik zu wünschen, die er an den melancholischen Leistungen altbayerischer Volkskomiker auszustellen hat. Der ägyptische Ernährungsminister Josef hat bei ihm „lange" Augen,

* Gustav Kiepenheuer Verlag, Berlin.

der bayerische Kultusminister Dr Flaucher einen „dumpfen" Schädel. Es gibt da eine Liebenswürdigkeit, die „schleierig" und einen Humor, der „eckig" ist und ähnlicher Anomalien viele. Dabei sind die regelmäßig zur Charakterisierung von Personen und Dingen verwendeten Attribute von einschläfernder Eintönigkeit und nicht zu überbietender Gewöhnlichkeit.

Feuchtwangers Kenntnis des bayerischen Folklore ist so dürftig, daß die ungeheuere Mehrzahl der von ihm gebrauchten Eigenschafts- und Schimpfwörter Komposita von „Sau" sind: „saukalt", „saublöd", „saudumm". „saumäßig", „Saukerl", „Saujud" usw. Es bedeutet eine förmliche Oase in dieser Wüste, wenn einmal der „Mann Krüger" mit herzerfrischender Deutlichkeit erklärt, die „bayerische Regierung könne ihm den Arsch lecken." Man denkt unwillkürlich an Ludwig Thoma. Diesem wahrhaften Dichter, den er mit wenig Witz und viel Behagen verspottet, hat Feuchtwanger für seinen „Erfolg" mehr zu danken, als ihm offenbar selbst bewußt ist. Was aber bei Thoma ungezwungen herauskommt, wirkt bei ihm gezwungen. Keiner hat die Schwächen des altbayerischen Volkes besser gekannt und geschildert als Thoma. Aber sein Stil, auch sein Schimpfstil, war niemals manieriert, und wo die vermeintliche Ungerechtigkeit anfing, hörte bei ihm der Spaß, in dem er ein Meister war, auf.

Lion Feuchtwangers bayerische Menschen, von den „Großkopfigen" angefangen und selbst die fremdblütigen „Schlawiner" nicht ausgenommen, reden und denken ausnahmslos im Stil der Frau Wurzel vom Münchener Viktualienmarkt.

Es ist, als ob sämtliche Dämonen eines Berliner „Alpenballs" in den Mann Feuchtwanger gefahren wären.

II.

Der Form entspricht der Inhalt. Was wird mit diesem ebenso ausführlichen, wie ausfälligen „Erfolg" eigentlich bezweckt? „Gerechtigkeit" antwortet uns der Verfasser mit der steinernen Miene einer Pythia. Was aber ist „Gerechtigkeit?" — „Erfolg" gibt uns der Verfasser mit der steinernen Miene einer Sphinx zurück. Von den beiden in der Münchener Feldherrnhalle verewigten bayerischen Feldherrn sagt der Volkswitz: der eine sei kein Bayer, der andere kein Feldherr gewesen. Mit unserem Schlüsselroman hat es eine ähnliche Bewandtnis. Bald fehlt es an dem Roman, bald fehlt es an dem Schlüssel, bald fehlt dem Erfolg die Gerechtigkeit, bald der Gerechtigkeit der Erfolg.

Nirgends wird klar, was Feuchtwanger unter „Erfolg" versteht. Das einemal verwendet er das Wort in eudämonistischem Sinn So, wenn er (I, 64) durch den „Mann Krüger" gelegentlich eine siebensprossige „Stufenleiter der Werte dieses Daseins" aufstellen läßt, wobei von dem an vierter Stelle — hinter „Frauen und anderen Dingen verfeinerter Lust" — rangierenden „Erfolg" gesagt wird: „Nochmals eine Stufe höher stand Erfolg. Ja, Erfolg war gut, Erfolg schmeckte gut." Dann wiederum verwendet er das Wort in pragmatischem Sinn. So, wenn er (I, 169) dem sensitiv und intuitiv begabten Mädchen Johanna Krain durch den rational und zynisch veranlagten Jaques Tüverlin auseinandersetzen läßt: „Gerechtigkeit sei eine Folgeerscheinung von Erfolg. Immer sei die gerechte Sache identisch mit der erfolgreichen."

Wieder an anderer Stelle (II, 373) legt Tüverlin aber selbst Berufung gegen dieses Urteil ein, das die biblische Lehre auf den Kopf stellt. Er erklärt jetzt, der Begriff Gerechtigkeit sei unsicher geworden, ja sogar „schäbig". Man wisse zu viel von der menschlichen Seele, um die alten Begriffe von Gut und Böse noch gelten zu lassen, zu wenig, um neue an ihre Stelle zu setzen.

Diese müde Skepsis durchzieht den ganzen Roman. Am Anfang steht ein allegorisches Bild: „Josef und seine Brüder", durch welches der Verfasser die landläufigen Begriffe von „Gerechtigkeit" in Frage zieht, am Schlusse (II, 368) steht eine Selbstanalyse des Schriftstellers Jaques Tüverlin, mit welcher der Verfasser dem eigenen Ich skeptisch gegenübertritt. „Er sah, was er gemacht hatte: es stand da in harter Klarheit, es war gut. Es war miserabel. Es war Erkenntnis, es war immer noch der Essai. Erkenntnis allein genügte nicht: Kunst wird nur, wenn Erkenntnis mit Liebe oder Haß zusammenschmilzt."

Bei aller Unerbittlichkeit dieser Selbstkritik ist sie immer noch nicht unerbittlich genug. Denn daß sein Werk von „harter Klarheit" sei, wird außer dem Verfasser selbst nicht leicht ein anderer finden.

III.

Kunst ist erhöhtes Lebensgefühl gepart mit Gestaltungskraft.

Noch so tiefe Erkenntnis und noch so großes Ressentiment bringen für sich allein niemals ein Kunstwerk hervor. Aus bloßer Erkenntnis wird Wissenschaft, meist unvollkommene, aus bloßem Ressentiment wird Politik, meistens schlechte, Erkenntnis mit Ressentiment verschmolzen wird eine Streitschrift.

Erst wenn schöpferische Gestaltungskraft hinzutritt, kann auch Haß Kunst erzeugen. Aber dies geschieht nur in seltenen Ausnahmefällen. Weitaus die meisten Haßgesänge sind schwülstig, roh, — mittelmäßige Literatur. Die Ilias beginnt zwar mit dem griechischen Wort für Zorn. Aber schon der Klang dieses Wortes in der griechischen Sprache deutet auf seinen unheilvollen Charakter. Daß das Ressentiment die gefährlichste Regung der menschlichen Seele ist, ob es nun in der Brust eines Achill oder eines Thersites nistet, war schon dem alten Homer bekannt.

Der Haß verleitet zur Maßlosigkeit und verdirbt dem Denker wie dem Dichter das Handwerk. Jenem trübt er die klare Erkenntnis, diesem verzerrt er jede Gestaltung. Haß verleitet ferner zu ungleichem Maß. Darum verdirbt er auch jede sachliche Kritik. Dieselben „Münchener Neueste Nachrichten", die noch jüngst im Hinblick auf den Schlüsselroman eines ihrer Mitarbeiter diese Kunstform verteidigten, lehnen sie im Hinblick auf den Schlüsselroman von Lion Feuchtwanger mit auffallender Schärfe ab. Gewiß ist Lion Feuchtwangers „Erfolg" ein Buch des Hasses. Er ist es aber nicht in höherem Maße, als viele andere Bücher, die Sensationserfolge erzielen, wenn sie Massengefühle ansprechen. Auch beruht vieles von dem, was Feuchtwanger unzulänglich schildert, auf noch unzulänglicheren Taten. Diese muß Jeder hassen, für den Gerechtigkeit mehr bedeutet, als eine dekorative Steinfigur. Man sieht darum keinen rechten Grund, warum der Kritiker der „Münchener Neuesten Nachrichten", Herr Tim Klein, selbst vor diesem Teil des Feuchtwangerschen Werkes gar so ostentativ den Hut auf dem Kopfe behält. Er meint zwar: „Der mit bösem Gift getränkte Pfeil wird auf ihn und Unschuldige notwendig zurückprallen. Um die Ehr-

lichen, Unschuldigen, die das treffen wird, bin ich besorgt." Allein es hieße die Stadt München furchtbarer bloßstellen, als es Lion Feuchtwangers „Erfolg", selbst wenn er in sämtliche Sprachen der Welt übersetzt würde, jemals zu tun vermöchte, wenn man auch nur einen Augenblick zugeben wollte, daß zur Äußerung solcher Besorgnis in solchem Zusammenhang und an solchem Ort eine sachliche Veranlassung gegeben war.

Voltaire sagt von seinem persischen Weisen Zadig, aus dem der antisemitische Humor Wilhelm Hauf's Abner den Juden gemacht hat, indem er sich die Perlen des Franzosen sozusagen um ein Butterbrot aneignete, nicht, ohne ihre goldene Fassung in eine blecherne zu verwandeln: „Er hatte aus dem ersten Buch Zoroasters gelernt, daß die Eigenliebe ein windgefüllter Ballon ist, dem Stürme entsteigen, sobald man ihm auch nur einen Stich versetzt." Allein trotz dieser Erkenntnis hat Voltaire in gärender Zeit nicht bloß Schlüsselromane, sondern auch Bücher des Hasses geschrieben. Er hat weder diese schöne Welt im ganzen für die beste aller denkbaren Welten noch seine Landsleute im besonderen für die besten aller denkbaren Menschen gehalten. Als aber die frommen Toulouser einen ihm selbst persönlich völlig unbekannten und gleichgültigen Menschen, weil er ein Protestant war, unschuldig aufs Rad geflochten hatten, ist er noch nach dessen Tod mit aller Leidenschaft seines Herzens und mit aller Kraft seines Geistes für Gerechtigkeit eingetreten.

Freilich: ein altes jüdisches Sprichwort sagt: „Im Zorn soll man nicht zu Mittag essen." Man sollte im Zorn auch weder Romane noch Romankritiken schreiben. Er verdirbt zu leicht den Geschmack.

Dr. Max Prager.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Hebräische Sprachkurse München

Der Anfängerkurs für Erwachsene, vereinigt mit dem Mütterkurs, hat bereits Samstag, den 18. Oktober, begonnen, und findet jeden Samstag von 6—7.30 Uhr statt.

Die Bibelarbeitsgemeinschaft für Jugendliche beginnt Montag, den 27. Oktober, 8.15 Uhr abends. Gelesen wird das Buch Ruth. Bücher sind mitzubringen.

Der Anfängerkurs für Kinder beginnt Dienstag, den 28. Oktober, um 5 Uhr.

Der Hebräische Klub wird mit einem Vortrag über „Entstehung und Wesen der Hebräisch-Spanischen Poesie", Mittwoch, den 5. November, eröffnet. Genaue Zeit- und Ortsangabe in der nächsten Nummer des „Jüdischen Echos".

In sämtlichen bestehenden Kursen werden neue Schüler aufgenommen.

Lernt Hebräisch.

Bar-Kochba. Damen-, Mädchen- u. Kinderabteilung. Der Turnbetrieb in sämtlichen Abteilungen ist in vollem Gang. Die Mädchenabteilung turnt jeden Montag von 6 bis 7 Uhr, die Damenabteilung I Montag von 7 bis 8 Uhr, die Damenabteilung II von 8 bis 9 Uhr in der Luisenschule. Die Kinderabteilung I (größere Kinder) turnt jeden Mittwoch von 3 bis 4 Uhr, die Kinderabteilung II (kleinere Kinder) von 4 bis 5 Uhr in der jüdischen Volksschule an der Herzog-Rudolf-Straße Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder regelmäßig zum Turnen zu schicken.

Jüdischer Jugendverein München

I. Die stetig wachsende Hörerschar unserer Vereinsabende und die lebhafte Beteiligung an der Aussprache, selbst durch die „Jüngsten", beweisen uns, daß wir in der Wahl der Themata und Referenten (Dres. Haber, Feuchtwanger, Wellisch, denen wir auch an dieser Stelle nochmals danken) auf dem rechten Wege sind. Am 30. Oktober findet kein Vortrag statt, sondern in ergiebiger Aussprache soll noch einmal zusammenfassend Stellung zu den bisher behandelten Problemen genommen werden. Beginn: 20.30 Uhr. Lessingsaal.

II. Freitagabendfeier regelmäßig im Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1. Beginn: 20.30 Uhr pünktlich. Jeder junge Jude, dem die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sei uns herzlich willkommen!

Der Jüdische Kulturverein J. L. Perez, München hält unter Leitung des Herrn Josef Löwy einen jiddischen Sprach- und Literaturkurs ab. Es ist Gelegenheit geboten die jiddische Sprache in Wort und Schrift zu erlernen und in die moderne Literaturgeschichte eingeführt zu werden. Wir erwarten eine rege Beteiligung, da besonders der Literaturkurs sehr interessant zu werden verspricht. Der Kurs beginnt am Montag, dem 3. November 1930, abends 20.30 Uhr, und ist auch für Nichtmitglieder unentgeltlich. Anmeldungen erbeten an Fräulein Jenny Zuckerberg, Rumfordstraße 40, oder am ersten Kursabend, im Jugendheim, Herzog-Rudolfs-Straße 3.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Samstag, den 25. Oktober, abends 21 Uhr, findet im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, ein Klubabend statt. Gäste herzlich willkommen.

Verband Jüdischer Ingenieure und Chemiker in Deutschland E. V.

Die Schwierigkeiten, die sich dem jüdischen Angehörigen naturwissenschaftlicher Berufe, insbesondere in der heutigen Zeit, entgegenstellen, haben bereits im vergangenen Jahre eine Anzahl von jüdischen Ingenieuren und Chemikern veranlaßt, sich zur „Selbsthilfe" zusammenzuschließen. Der vorgenannte Verband hat die Aufgabe, seinen Mitgliedern und Kollegen berufsberatend und — in enger Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Arbeitsnachweis — stellenvermittelnd zur Seite zu stehen.

Alle jüdischen Ingenieure und Chemiker seien daher auf das Bestehen dieses Verbandes aufmerksam gemacht und gebeten, sich ihm anzuschließen oder ihn bei seiner Arbeit durch Mitteilung und Nachweis von Vakanzen zu unterstützen.

Die Anschrift des Verbandes lautet: Berlin N 24, Auguststraße 17.

Sprechstunden, in denen jede Art von Auskünften gern erteilt wird, finden jeweils Montag und Donnerstag von 6—7.30 Uhr nachmittags statt.

Jüdischer Nationalfonds

Münchener Spendenausweis Nr. 3
vom 13. bis 21. Oktober 1930

Rosch-Haschanah-Spenden: gesammelt durch Frl. Mariechen Oppenheimer: Dr. M. J. Gutmann 5.—; Oberstlandesgerichtsrat Dr. A. Neumeyer 5.—; Leo Satonower 3.—; D. Levite 3.—; Norbert Gittler 3.—; Prof. Dr. Kirschner 2.—; Dr. S. Nathan 2.—; Dr. B. Lewin 2.—; L. Haymann 2.—; Dr. Deutsch 2.—; M. Vogelsinger 2.—; Hamburger 2.—; Dr. Bettsack 1.—; Frau I. Guggenheim 1.—; Dr. Klugmann 1.—; Markus Schneuer 1.— = 37.—.

Gesammelt durch Herrn Willy Levi: L. Schiff 2.—; M. Weißbarth 1.—; Pumpian 1.— = 4.—.

Gesammelt durch Frl. Isa Straus: Angelo Feuchtwanger 10.—; N. N. 30.—; N. N. 5,—; N. N. 3.—; N. N. 3.— = 51.—,

Gesammelt durch Herrn Dr. Robert Beer: Dr. Freudenreich 3.—; N. N. 5.—; N. N. 3.— = 11,—,

Gesammelt durch Herrn Ernst Eisen: II. Rate. J. Singer 10.—; N. Kurzmantel 10.—; M. Eisen 5.— = 25.—.

Einzelspenden: Max Feder 3.—; Z. Kreschower 2.— = 5.—.

Goldenes Buch Bar-Kochba: Die Vorstandschaft des Bar-Kochba gratuliert Frl. Jenny Diamand herzl. zur Verlobung 5.—; die Damenabteilung grat. Jenny Diamand zur Verlobung 3.—.

Goldenes Buch Z.O.G. München: Erlös aus der Simchas-Thora-Feier des Jung-Zionist. Arbeitskreises 30.—.

Allgemeine Spenden: H. B. 1.—; Familie Julius Eisen gratuliert Familie Diamand zur Verlobung ihrer Tochter 3.—. Summa: 175.—.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 361.53 RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 15. Oktober 1930

Spendenbuch: Herr und Frau Jakob Metzger anl. der Vermählung ihrer Kinder 20.—; Frl. Erna Klein anl. ihrer Verlobung 5.—; Herr Eduard Kaufmann anl. seines 70. Geburtstages 3.—.

Goldene-Buch-Eintragung: Salomon und Jettel Gorski: Max Gorski anl. seiner Silberhochzeit 5.—.

Roschhaschanahspenden: Durch Hans Schönberger (Moritz Bein 5.—; Fellheimer, Steinhardt je 2.—; Dr. Bergmann, Lehrer Ehrenreich, Familie Wolf, Herr Braunschweiger, Frau Braunschweiger je 1.—) = 14.—.

Durch Leo Wißmann 2. Rate (Tannenwald 10.—; Karpf, Fürth 3.—) = 13.—.

Durch Frau Kahn von Heinrich Gutmann 5.—.

Durch Herrn Heinz Ellern (Familie Ellern 2.—; Abr. Kolb 1.—) = 3.—.

Durch Gusti Gorski von Frau Neumark 1.—.

Frau Vorhaus 20.—; Heinrich Leiter 20.—; Dr. Max Walther, Fürth 6.—; Max Gorski 5.—; Chajes 4.—; Frau Pfrid, Fürth, S. Fleischmann, Fürth, Viktor Kusmirek, Fürth, NN. je 3.—; Dr. Fleischer, Fürth 2.— = 69.—.

Wertzeichen: Leo Königshöfer für zwei Telegrammformulare 1.—.

Büchsen: Durch Frl. Hirschenberger aus Westheim (Spezifierung folgt) 12.—; Mayer Wolf, Schnaittach 4.—.

Von 1. bis 15. Oktober aufgebracht RM. 155.—.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.